



Kernforderungen zur SDG-Aktionsdekade 2020-2030

WIR BRAUCHEN ENDLICH RECHTSVERBINDLICHKEIT, RELEVANZ UND KONKRETE UMSETZUNG

Die COVID-19-Pandemie hat unsere Welt durcheinandergebracht und uns dabei die Schwächen unseres globalisierten Wirtschaftssystems vor Augen geführt. Seien es die gravierenden Auswirkungen eines privatisierten, profitorientierten Gesundheitssystems, die Abhängigkeitsstrukturen globaler Wertschöpfungsketten, der Umfang und die Schwere der Belastung auf prekär Arbeitende und in Pflege- und Gesundheitsberufen Tätige oder das fehlende finanzielle Netz, das für die Generation der Solo-Selbstständigen offenbar wird. COVID-19 zeigt uns, was wir als Gesellschaft gemeinsam solidarisch leisten können – aber auch auf wessen Rücken weltweit gewirtschaftet wird.

Dabei gibt es keine Erkenntnislücke in Bezug auf die zahlreichen, weltweiten Krisen.

Klima- und Biodiversitätskrise, wachsende Ungleichheiten, Strukturbrüche in verschiedenen Sektoren und Regionen, unzureichender Umgang mit rechtsextremen Strukturen, Folgen der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen. Nicht erst seit der globalen COVID-19-Krise ist klar, dass es so nicht weitergehen kann. Die vielen Protestbewegungen und Großdemonstrationen der letzten Jahre ebenso wie repräsentative Umfragen zeigen immer wieder, dass sich ein Großteil der Menschen in Deutschland eine progressive, am Gemeinwohl und der globalen Gerechtigkeit ausgerichtete Politik wünscht. Die Verabschiedung der Agenda 2030 war letztendlich Ergebnis dieser Erkenntnis und folgt einem Prozess, der bereits in den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts losgetreten wurde. Ihre Relevanz wird umso größer, je mehr sich die düsteren Prognosen von damals verwirklichen.

Der bisherige Umsetzungsstand der Agenda 2030 enttäuscht allerdings auf allen Ebenen.

Das Scheitern der ambitionierten, partizipativ erarbeiteten und vor nur fünf Jahren als Meilenstein der UN-Geschichte gefeierten Agenda 2030 scheint bereits jetzt weitestgehend akzeptiert zu sein. Das gilt auch für die Umsetzung in, durch und mit Deutschland – insbesondere hinsichtlich der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Politisch hat sie keine Relevanz, eine tatsächliche Lenkungswirkung ist nicht wahrnehmbar. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland stecken kaum Hoffnung in die diesjährige Überarbeitung der Strategie.

Dabei wurde in den letzten Jahren mehr als deutlich, dass es dem deutschen Regierungshandeln genau daran mangelt.

An einer Strategie und an politischem Willen, sich den drängenden umwelt- und sozialpolitischen Fragen wirklich zu widmen. Was an koordiniertem Regierungshandeln in der COVID-19-Krise möglich ist, scheint absolut undenkbar angesichts anderer Krisen. Perverser Weise fordern einige sogar, wegen der Pandemie Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels einzustellen und Umweltstandards zu verringern. Insgesamt waren in jüngster Vergangenheit die Antworten auf die Probleme immer dieselben: mehr Privatisierung öffentlicher Dienste, mehr individuelle Verantwortung für BürgerInnen, mehr Flexibilität und freiwilliges Handeln für Unternehmen.

Deutschland und die Welt stehen an einem entscheidenden Wendepunkt. In Zeiten sozialer, ökologischer und ökonomischer Krisen wird das kommende Jahrzehnt zeigen, ob es gelingt, eine nie da gewesene Transformation der Gesellschaft und Wirtschaftsweise einzuleiten. Die Bundesregierung muss beweisen, dass eine Aktionsdekade angebrochen ist, die diesen Namen auch verdient.

In vier Kernpunkten wollen wir darauf hinweisen, was die Bundesregierung national wie auch international angehen muss, damit sie die Versprechen erfüllt, die sie mit der Agenda 2030 gegeben hat.



Umweltpolitische Maßnahmen müssen nicht nur beschlossen, sondern auch rechtsverbindlich umgesetzt werden

2020 gilt als das Umwelt-Superjahr schlechthin. Zahlreiche internationale Konferenzen blicken verstärkt auf die Situation der globalen Artenvielfalt, Ökosysteme, der Belastung der Umwelt mit Giftstoffen und des Klimas. Trotz der Verschiebungen aufgrund der COVID-19-Pandemie werden viele davon weiterhin virtuell vorbereitet. Obwohl es nicht an Bewusstsein für die Dramatik der Lage mangelt und zahlreiche international verabschiedete und teils rechtsverbindliche Maßnahmenpakete vorliegen, werden in diesem Jahr so gut wie alle umweltpolitischen Zielvereinbarungen krachend verfehlt. Dieses Hinnehmen des absurden Kreislaufs der Verhandlung internationaler Ziele, der Übertragung in nationale Strategien und der Verfehlung in der Umsetzung, nur um letztendlich wieder neue Ziele zu verhandeln, muss endlich aufhören. Selbst dort, wo es unter Einbeziehung zahlreicher Akteursgruppen und Betroffener nationale Umsetzungsprozesse gibt, wird zu oft ignoriert oder an andere Stelle konterkariert, was erarbeitet wurde.

Für die Aktionsdekade braucht es eine Umweltpolitik mit rechtsverbindlichen Regeln. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie sich endlich einsetzt für

- » **die Energiewende.** Es braucht ein Erneuerbare-Energien-Gesetz für eine dezentrale Energiewende in BürgerInnenhand, die Beseitigung der Hindernisse für den EE-Ausbau wie Solardeckel und überzogene Abstandsregeln für Windkraft, ein Verbot von Fracking, sowie eine faire Verteilung der Kosten der Energiewende, die die Kohle- und Atomindustrie nicht aus der Verantwortung nimmt. Als Sofortmaßnahme muss die Inbetriebnahme von Datteln 4 gestoppt werden. Sie widerspricht den Empfehlungen der Kohlekommission und wäre ein fataler Rückschritt gegenüber einer kohlefreien Zukunft. Anstatt hieran weiter festzuhalten, sollten wir uns Österreich, Belgien und Schweden als Vorbild nehmen, die zeigen, dass ein kohlefreies Industrieland möglich ist.
- » **eine Verkehrswende.** Dazu gehört der umfangreiche Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der städtischen Radinfrastruktur, eine klimagerechte Umverteilung der Kosten, u.a. durch die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen wie des Dienstwagenprivilegs, der Dieselsubventionen und der ausbleibenden Besteuerung von Kerosin und internationalen Flügen, sowie eine massive Verlagerung des Fern- und Güterverkehrs auf die Schiene.
- » **eine sozial und ökologisch orientierte Agrarwende,** u.a. im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union. Kleine und mittlere Betriebe müssen gefördert und dafür jährlich 500 Millionen Euro mehr in bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft investieren werden. Subventionen an Agrarkonzerne gehören beendet. Artgerechte Tierhaltung und umweltschonendere Bewirtschaftung müssen durchgesetzt werden, dazu gehört die ausnahmslose Umsetzung von Tierschutzgesetzen, die Reduktion des Antibiotikaeinsatzes um mindestens 50%, das Einführen von Obergrenzen für Viehbestand und eine Bindung der Tierzahl an die Fläche. Dies ist nur möglich, wenn die Weltmarktorientierung der deutschen und EU-Agrarpolitik aufgegeben wird.

- » eine ambitionierte Weiterentwicklung der 2020 auslaufenden SDG-Zielvorgaben. Das gilt insbesondere für die Biodiversitätsziele. Eine Verlängerung der Zieljahre ohne Anpassung der Maßnahmen oder freiwillige Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind nicht länger akzeptabel. Bei allen Verhandlungen internationaler Abkommen (z.B. der Biodiversitätskonvention) im nächsten Jahrzehnt muss es darum gehen, rechtsverbindliche, auf nationale Ebene übertragbare Instrumente auf den Weg zu bringen. Dabei muss die Beteiligung besonders betroffener Gruppen gewährleistet und der Umgang mit bzw. die Beziehung zu großen transnationalen Playern neu justiert werden. Sonderbehandlungen für diese Akteure sind abzulehnen, sei es durch besondere Klagerechte, gleichberechtigte Beteiligung an sog. Partnerschaftsinitiativen oder gar Rechtsetzungskompetenzen. Das gilt für die Umweltpolitik ebenso wie für andere Politikbereiche, von der Handels- über die Rohstoff- bis hin zur Finanzpolitik.



Die Bekämpfung von Ungleichheit muss Priorität haben

Mit Sorge sehen wir den Trend, dass ökonomische und soziale Ungleichheiten weltweit wie auch in Deutschland immer weiter zunehmen. Obwohl das weitläufig bekannt ist und bereits massive soziale und politische Verwerfungen nach sich gezogen hat, erfährt die Bekämpfung dieser Ungleichheiten nicht die Priorisierung, die sie dringend benötigt. Das zeigt sich unter anderem in den Städten, wo durch exorbitant steigende Mieten Menschen aus ihren Lebenszusammenhängen verdrängt werden. Auch im ländlichen Raum sind die Auswirkungen sichtbar, unter anderem an wegbrechenden Verdienstmöglichkeiten und daraus folgenden Versorgungslücken an sozialen und medizinischen Dienstleistungen, der schwindenden Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und einer ungünstigen demographischen Entwicklung. Die COVID-19-Krise hat uns klar vor Augen geführt, dass ausgerechnet die wirklich systemrelevanten Berufsgruppen schlecht bezahlt und häufig prekär beschäftigt werden.

Für die Aktionsdekade braucht es eine Wirtschafts-politik, die Ungleichheit reduziert statt sie zu schaffen. Wir fordern von der Bundesregierung, dass

- » sie sich eine vorausschauende Krisenpräventionspolitik im Gesundheits- und Pflegesektor zu Herzen nimmt und dort deutliche finanzielle und strukturelle Verbesserungen vornimmt. Die schlechte Ausgangslage zu Beginn der COVID-19-Pandemie liegt unter anderem begründet in der vergleichsweise schlechten Bezahlung für Pflege- und Gesundheitsberufe, an der unzureichenden Personalausstattung vieler Häuser und ländlicher Gebiete, an mangelnder Vorhaltung von Kapazitäten in Krankenhäusern und vielen Versäumnissen mehr. Diese müssen dringend behoben werden. Damit würde auch ein Beitrag zu größerer sozialer Gerechtigkeit geleistet – und zu größerer Geschlechtergerechtigkeit. Politische Konsequenz der COVID-19-Krise muss eine Re-Kommunalisierung des Gesundheits- und Pflegesektors sein, inklusive einer deutlichen Lohnerhöhung des Pflegepersonals. Dies muss auch für andere Berufe umgesetzt werden, die zwar nun als systemrelevant eingestuft aber schon immer und weiterhin prekär bezahlt sind (u.a. Einzelhandel, Reinigungssektor, Kinderbetreuung).

- » **die Corona-Konjunkturprogramme die ökologisch-soziale Transformation voranbringen.** Dänemark hat Unternehmen von öffentlichen Hilfen ausgeschlossen, die formal in Steueroasen ansässig sind. Dies sollte auch in Deutschland unbedingtes Kriterium für staatliche Unterstützung sein. Auch die Untergrabung von Umwelt- und Sozialstandards sowie die Ausschüttung von Boni an Vorstände oder CEOs trotz oder wegen der COVID-19-Krise muss als Ausschlusskriterium für staatliche Hilfe gelten. Über die unmittelbare Soforthilfe (Kurzarbeitergeld usw.) hinaus darf es kein Geld für Weiter-So geben.
- » **sie das geplante Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern stoppt.** In der Corona-Krise haben sich hyper-globalisierte Lieferketten als äußerst verwundbar gezeigt. Wir brauchen eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen globalen, regionalen und lokalen Märkten. Insbesondere im Agrarsektor, aber auch in der Produktion von anderen lebensnotwendigen Gütern brauchen wir weniger Globalisierung. Darüber hinaus ist nicht erst seit der COVID-19-Krise die Privatisierung oder Beschränkung der Zugangsrechte zu diesen Gütern (z.B. Wasser, Medikamente, Saatgut) ein Verbrechen, das umgehend beendet werden muss.
- » **sie sich statt einer neuen Abwrackprämie für einen sozial-ökologisch gerechten Umgang mit Rohstoffen einsetzt.** Der global ungerecht verteilte Rohstoffkonsum zugunsten von Industrieländern wie Deutschland verlagert die sozial-ökologischen Folgekosten des Rohstoffabbaus etwa für Umweltschäden und Gesundheitsauswirkungen in die Abbauländer. Die derzeitige COVID-19-Krise offenbart diese Probleme einmal mehr. Vor allem im Globalen Süden gefährden Bergbauoperationen den Zugang zu sauberem Wasser, was die Hygiene und den Kampf gegen das Corona-Virus erschwert. Aber auch in Normalzeiten sorgt der vermehrte Abbau, Weiterverarbeitung, Verbrauch und Nutzung von Rohstoffen für Menschenrechts- und Umweltprobleme. Der Neustart der Wirtschaft nach dem Abflauen der Pandemie sollte darum auch ein Neustart in der Rohstoffpolitik sein. Eine Art neue Abwrackprämie für den Kauf von herkömmlichen Neuwagen ist angesichts der Probleme des Rohstoffsektors absurd, und auch ökonomisch belegbar ein unsinniges Unterfangen. Erreicht werden muss hingegen eine absolute Reduktion des deutschen Rohstoffverbrauchs mit klar definierten Reduktionszielen und entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen.



Die Agenda 2030 darf kein Anlageobjekt werden

Um Investitionslücken für die Umsetzung der Agenda 2030 zu schließen, werden öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur seit Jahren kommerzialisiert und einem angenommenen Effizienzvorsprung privatwirtschaftlicher Akteure orientiert. Auch jenseits der gegenwärtigen Krise hat das dazu geführt, dass öffentliches Geld derselben Logik unterworfen wird wie Privatkapital: Projekte müssen Rendite für die Investoren erwirtschaften, mit dem öffentlichen Geld wird vor allem das Investitionsrisiko minimiert. Die Rendite landet beim Investor, das Risiko bei der öffentlichen Hand. Infrastruktur, energetisch sanierte Wohnungen oder der Schutz der Biodiversität sollen neue Anlageklassen werden. Mit dieser von der Finanzindustrie, globalen und regionalen Finanzinstitutionen wie der Europäischen Investitionsbank vorangetriebenen Agenda wird auch die klassische Entwicklungsfinanzierung umgebaut, u.a. im Kontext des Marshallplans oder des Compact mit Afrika. Privatisierungen bzw. öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) stehen an erster Stelle.

Genau dieser Logik folgt auch der Green Deal der EU Kommission. Nicht nur existiert er parallel zum bestehenden Dogma der Austeritäts-, Wachstums- und Schwarze-Null-Politik der EU und der Bundesregierung, er treibt die Privatisierung des sozialen Sektors, der Entwicklungszusammenarbeit und des Klimaschutzes weiter voran. Eine ähnliche Tendenz lässt sich im Kontext der UN beobachten. Die Staaten raten, zur Umsetzung der SDGs zunehmend auf private Investoren zuzugehen, um den scheinbar gigantischen Investitionsbedarf zur Umsetzung der SDGs zu erschließen. Dass aber insbesondere der Abbau bspw. umweltschädlicher Subventionen zur Umsetzung der SDGs sowie zur Füllung der Staatskassen beitragen kann, rückt immer weiter in den Hintergrund.

Für die Aktionsdekade müssen die SDGs wieder als öffentliche Aufgabe begriffen werden. Wir fordern von der Bundesregierung politische Maßnahmen und ein klares Bekenntnis dazu, dass

- » **die Finanzierung der SDGs primär durch den nachhaltigen Umbau öffentlicher Haushalte und Einnahmesysteme erfolgt.** Dazu gehören u.a. umfangreiche Steuerreformen. Mehr Steuergerechtigkeit kann in Deutschland erreicht werden durch den Verzicht auf Steuerentlastungen für hohe Einkommen, die Beendigung von Privilegien bei der Erbschaftsteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer auf Millionenvermögen, eine faire und effektive Unternehmensbesteuerung, Verbesserung des Steuervollzugs, effektive Bekämpfung von Schattenfinanzplätzen und Geldwäsche und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- » **Unternehmen ihren Teil zur SDG-Umsetzung beitragen,** aber nicht durch Hochglanzbroschüren-SDG-PR oder CSR-Berichte, sondern durch das Einhalten klarer Menschen-, Arbeits- und umweltrechtlicher Standards und Gesetze. Die Bundesregierung darf hier nicht länger auf Freiwilligkeit oder individuelle Verantwortung von KonsumentInnen bauen, sondern muss konsequent Gesetze und Sanktionen schaffen, wenn Firmen auf Kosten von Mensch und Natur wirtschaften.
- » **Entwicklungs- und Sozialpolitik sowie Umwelt- und Klimaschutz keine Anlageobjekte sind.** So wichtig und richtig es ist, klare Regeln dafür zu schaffen, was eine „nachhaltige Geldanlage“ ausmacht (bspw. im Rahmen des EU-Taxonomie-Projekts), Vorrang muss die Verwirklichung und Garantie der Menschenrechte haben. Renditeinteressen müssen demgegenüber zurückgestellt werden. Außerdem wird auch ein weitreichender Ausbau nachhaltiger Investitionsmöglichkeiten nichts daran ändern, dass noch immer viel Geld mit Ressourcenverschwendung, Umweltzerstörung und Ausbeutung verdient werden kann. So lange nachhaltige Geldanlagen diesen Umstand nur verschleiern, ist kein Beitrag zur Verwirklichung der Agenda 2030 geleistet. Der Beratervertrag zwischen der Europäischen Kommission und BlackRock hinsichtlich der Schaffung klarer Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards für den Finanz- und Anlagesektor ist ein Skandal und stellt die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der Kommission in diesem Bereich grundlegend in Frage. Der Vertrag muss sofort aufgekündigt werden. Hier haben die Mitgliedstaaten wie Deutschland eine klare Verantwortung.



Neustart für die SDG- Umsetzung:

Ohne Freiwilligkeit und mit politischer Relevanz

Solange die Umsetzung der Agenda 2030 keine politische Priorität hat, sondern weitestgehend als nice-to-have-Nachhaltigkeitsprojekt abgetan wird, kann die versprochene Transformation unserer Welt niemals eintreten. Die Agenda 2030 und die SDGs werden in den nächsten zehn Jahren in der Bedeutungslosigkeit verschwinden und als ein weiteres gescheitertes, überambitioniertes Gemeinschaftsprojekt in die Annalen der UN-Geschichte eingehen. Angesichts des Engagements, das die Bundesregierung in die Verhandlungen der Agenda 2030 gesteckt hat, und der anfänglichen Bemühungen die SDGs in Deutschland für alle Ressorts relevant zu machen, enttäuscht der Stand der Umsetzung in Deutschland und der bestehende Widerspruch zur Realpolitik besonders.

Das Selbstbild Deutschlands als SDG-Champion zeigt sich immer mehr als Farce. Deutschland ist Champion eines überdimensionierten ökologischen Fußabdrucks, überbordender CO₂-Emissionen, eines massiven Rohstoff- und Ressourcenverbrauchs, Exportweltmeister zulasten des Globalen Südens und unserer Nachbarn in der EU und Europameister in der Müllproduktion. Für mehr Nachhaltigkeit wäre es gut, wenn Deutschland wenigstens ins globale Mittelfeld rücken könnte. Die Erkenntnis, dass das westliche Wohlstandsmodell nicht globalisierbar ist, muss endlich auch in politischen Entscheidungen ankommen.

Für die Aktionsdekade braucht es einen Neustart in der deutschen Nachhaltigkeitsstruktur. Wir fordern von der Bundesregierung, dass

- » die Ära der Freiwilligkeit endlich ein Ende hat. Deutschland muss die Umsetzung der SDGs auf eine rechtverbindliche Ebene bringen und sich entsprechend auch auf internationaler Ebene für solche Umsetzungsmodelle einsetzen.
- » die **Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie umfassend überarbeitet wird, um politisch und inhaltlich relevant zu sein.** Sollte dies nicht möglich sein, gilt es zu überdenken, stattdessen als Start in die Aktionsdekade eine wirkliche SDG-Strategie auf Grundlage aller SDG-Zielvorgaben und Indikatoren zu erarbeiten.
- » sie einen klaren Prozess hinsichtlich des freiwilligen Staatenberichts (Voluntary National Review, VNR) beim **Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) 2021 nach dem Vorbild Finnlands oder Österreichs auflegt**, mit einer strukturierten, transparenten Einbeziehung der Zivilgesellschaft (auch jenseits der Verbändelandschaft) in der Erarbeitung des VNR-Berichtes sowie der Präsentation. Die beim HLPF 2021 vorgestellten Aspekte müssen relevant, ambitioniert und nachvollziehbar sein und auch faktische Schwächen der Nachhaltigkeit in Deutschland aufzeigen. Genannte Maßnahmen müssen anschließend auch tatsächlich umgesetzt werden (ungleich HLPF-Bericht 2016).

Herausgeber und Kontakt

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstr. 19–20
10117 Berlin

info@forumue.de
www.forumue.de
+49(0)30 678 17 75 75

Stand: April 2020

Das Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert die Aktivitäten deutscher NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e. V. (DNR).



**Forum Umwelt
und Entwicklung**